

Mal nachgefragt!

Wie gehen Kommunen mit Herausforderungen im Klimaschutz um?



© Ortsgemeinde Schnorbach

Bernd Kunz
Bürgermeister

Ortsgemeinde Schnorbach
Rheinland-Pfalz
ca. 260 Einwohner*innen



TIPPS

... für den Weg zur Klimaneutralität

Die Kommune sollte immer als Vorbild vorangehen und mit „kleinen“ Maßnahmen anfangen: z.B. Photovoltaik(PV)-Anlagen auf den Dächern der eigenen Liegenschaften installieren oder die Beleuchtung auf LED-Technik umstellen. Zudem ist es wichtig, die Bürger*innen mitzunehmen. Das kann über kleine Aktionen, wie z.B. LED-Tauschtage, Carsharing-Aktionen mit E-Autos oder Informationsveranstaltungen rund um den Klimaschutz, geleistet werden. Die Diskussionen über die Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen und insbesondere über den Ausbau der Windkraft sind vielfach von Bedenken geprägt. Zukünftig muss es noch stärker gelingen, den Fokus auf die mit dem Ausbau von erneuerbaren Energien verbundenen Chancen der CO₂-Einsparung und damit den Beitrag zum Klimaschutz zu legen. Die Bedenken, z.B. im Zusammenhang mit der Entsorgung der Anlagen, müssen ernst genommen werden, dürfen die Debatte jedoch nicht dominieren und zu Verzögerungen führen.

Wie ist Klimaschutz in der Kommune verankert, und wo zeigt er Wirkung?

Klimaschutzziele da setzen, wo die Gemeinde aktiv handeln kann

Die Ortsgemeinde hat sich das Ziel gesetzt, den Energieverbrauch in den Bereichen Strom, Wärme und Mobilität insgesamt zu senken und damit den Treibhausgasausstoß zu reduzieren. Eine weitere Differenzierung von Klimaschutzzielen entlang der Sektoren macht in Schnorbach wenig Sinn, da der Handlungsspielraum der Verwaltung, z.B. bei Gewerbe, Handel, Dienstleistungen oder Verkehr, recht eingeschränkt ist.

Gefördert durch:



aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

Die „Bestseller“ für wirkungsvollen Klimaschutz

- **Stichwort Straßenbeleuchtung:** Aktuell steht die Ortsdurchfahrt von Schnorbach im Zentrum der Aktivitäten: Die Straßenbeleuchtung wird im Rahmen des Straßenausbaus entlang dieser zentralen Verkehrsachse auf LED-Technik umgestellt. In anderen Straßen soll bereits zeitnah mit der LED-Umstellung begonnen werden. Ein entsprechender Beschluss dazu wurde Ende 2021 durch den Gemeinderat gefasst und der Auftrag vergeben.
- **Stichwort Energieeinsparung und erneuerbare Energien:** Seit 2015 fördert die Ortsgemeinde Energieeinsparmaßnahmen ihrer Bürger*innen mit einer eigenen Förderrichtlinie. Seitdem wurden jährlich im Schnitt 30.000 Euro Fördermittel ausgezahlt und von den Bürger*innen insgesamt über 1.000.000 Euro investiert. Voraussetzung für den Erhalt von Zuschüssen ist eine für die Schnorbacher Bürger*innen kostenlose Beratung durch ein Energieberatungsbüro. Zwei Drittel der Haushalte haben dieses Angebot bereits in Anspruch genommen. Kernelemente des Förderprogramms sind der Austausch von nicht energieeffizienten Elektrogeräten oder undichten Fenstern und Haustüren ebenso wie Dämmungsmaßnahmen oder die Installation von PV-Anlagen und Batteriespeichern. Die Zahl der installierten Anlagen hat sich seit 2014 verfünffacht. Bilanziell kann so heute bereits der gesamte Haushaltsstrom in der Ortsgemeinde vollständig durch PV-Strom produziert und bereitgestellt werden.
- **Stichwort Mobilität:** Mit dem „Elektro-Dorfauto“ hat der Rhein-Hunsrück-Kreis im Jahr 2019 ein E-Carsharing-Projekt initiiert und finanziert, an dem die Ortsgemeinde in den Jahren 2019 und 2020 teilgenommen hat. 2021 hat die Gemeinde beschlossen, ein Elektro-Dorfauto auf eigene Kosten anzuschaffen. Ziel ist es, den Bürger*innen Elektromobilität näherzubringen und Carsharing im ländlichen Raum vorzuführen. Bisher war die Nutzung des Fahrzeugs kostenfrei, zukünftig sollen dafür zwei Euro pro Stunde berechnet werden. Ein ehrenamtlicher „Kümmerer“ übernimmt als zentrale Ansprechperson alle Aufgaben rund um Wartung und Instandhaltung des Fahrzeugs.
- **Stichwort Wärmeversorgung:** In Neubauten gibt es in Schnorbach keine Ölheizungen mehr, meistens kommen Wärmepumpen zum Einsatz. Vereinzelt wird



auch Flüssiggas für die Heizwärmeversorgung eingesetzt. Um die Weichen für die Zukunft optimal stellen zu können, ist gerade eine Befragung der Haushalte zur Wärmeversorgung in Vorbereitung. Bei ausreichendem Interesse besteht die Möglichkeit, ein Wärmenetz zu bauen.

- **Stichwort Kommune als Vorbild:** Die Gemeindeverwaltung nimmt ihre Rolle als Vorbild ernst und hat im Jahr 2018 eine PV-Anlage auf einem privaten Dach in der Nähe des Rathauses installiert. Mittels Batteriespeicher wird darüber die Straßenbeleuchtung mit Strom versorgt, die so eine Autarkiequote von rund 70 Prozent erreicht. Eine zweite Photovoltaik-Anlage wurde 2020 auf dem Bauhof der Gemeinde errichtet. Diese versorgt auch das Elektro-Dorfauto mit Strom.

Der Ausbau von Windkraft hat auf dem Land nicht nur Freunde

Die Gemeinde selbst hat Flächen für zwei Windkraftanlagen verpachtet, für eine weitere Anlage liegt eine Anfrage vor. Gerade diese Pachteinahmen verschaffen der Gemeinde die finanziellen Möglichkeiten, ihre eigenen Klimaschutzziele voranzutreiben und Maßnahmen der Bürger*innen zu fördern. Klimaschutz wird in der kleinen Ortschaft als Querschnittsaufgabe gesehen und umgesetzt. Insgesamt arbeitet man hier Hand in Hand. Die größten Herausforderungen stellen sich dabei im Zusammenhang mit den langen Zeiträumen für die Planung und Umsetzung von PV-Freiflächen- und Windkraftanlagen, was auch mit den unterschiedlichen Zuständigkeiten und Beteiligungen der Akteure zusammenspielt. Durch die Antiwindkraftbewegung wird der Ausbau der Gewinnung von Energie durch Wind zusätzlich erschwert. Aktuell konzentriert sich daher der Ausbau der Erneuerbaren auf die Installation kleinerer PV-Freiflächenanlagen.

Im privaten Bereich ergeben sich mitunter Investitionshemmnisse durch aktuell herrschende steuerliche Bedingungen. So ist es für manchen Endverbraucher nicht mehr wirtschaftlich, in Batteriespeicher zu investieren.



Energieeinsparung wird seit 2015 mit realen Verbrauchswerten dokumentiert

Um die tatsächliche Stromeinsparung nachzuhalten, setzt die Ortsgemeinde auf den Einsatz der realen Verbrauchswerte, anstatt Hochrechnungen zu verwenden. Seit 2015 werden die Daten des Stromnetzbetreibers analysiert. Die Auswertung hat ergeben, dass der Verbrauch von Haushaltsstrom in den vergangenen sechs Jahren um 15 Prozent reduziert werden konnte – und das trotz eines Bevölkerungswachstums von fünf Prozent und eines Gebäudezubaues von drei Prozent im selben Zeitraum. Der Anteil der erneuerbaren Energieträger am Strommix entspricht dem Bundesdurchschnitt. Über die laufenden Aktivitäten und Erfolge berichtet das lokale Gemeindeblatt.

Wo zeigen sich Auswirkungen der aktuellen Klimapolitik auf den Arbeitsalltag?

E-Mobilität ist das Thema der Stunde – mit selbst erzeugtem Strom

Die in der Ortsgemeinde Schnorbach laufenden und geplanten Klimaschutzmaßnahmen werden unabhängig von der Gesetzgebung auf Bundesebene durchgeführt. Die Novellierung des Klimaschutzgesetzes hat keinen unmittelbaren Einfluss auf das lokale Handeln. Dennoch ist die Dringlichkeit des Themas präsent und wirkt sich indirekt auf das Handeln aus. So spielt das Thema E-Mobilität nicht nur für die Kommune, sondern auch für die Bürger*innen eine zunehmend wichtige Rolle. Vier Prozent der Pkw vor Ort werden elektrisch angetrieben oder sind Hybridfahrzeuge, mit steigender Tendenz. Dabei hat sich gezeigt, dass E-Fahrzeuge insbesondere von Haushalten genutzt werden, die ihren eigenen Strom über PV-Anlagen erzeugen.



Haben die Bereiche Personal und Finanzen ihre Haltung zum Klimaschutz verändert?

Geld für den Klimaschutz ist zu einer Selbstverständlichkeit geworden

Der Klimaschutz hat in den vergangenen Jahren einen größeren Stellenwert bei der kommunalen Haushaltsplanung bekommen. Das hängt auch mit der Schnorbacher Förderrichtlinie und den darüber zur Verfügung gestellten Zuschüssen für private Eigentümer*innen bei der Gebäudesanierung zusammen. Auch ist sich die Gemeinde bewusst, dass sie gegenüber den Bürger*innen eine Vorbildfunktion hat. Dies spiegelt sich zum Beispiel in der Bewirtschaftung des Gemeindewaldes, bei der Verpachtung von Wiesenflächen oder der Beschaffung wider. Die Förderrichtlinie in der seit 2015 bestehenden Form ist Ende 2021 ausgelaufen. Der Gemeinderat hat entschieden, die Förderbedingungen grundlegend zu überarbeiten und eine neue Richtlinie aufzulegen. Der Beschluss über die aktualisierte Version der Richtlinie soll dann im Frühjahr 2022 gefasst werden. Zur Bekanntmachung der Förderrichtlinie mit ihren Neuerungen plant die Kommune Informationsveranstaltungen.

Fachleute sind auf allen Ebenen gesucht

Der Fachkräftemangel spielt für die Verbandsgemeindeverwaltung zunehmend eine Rolle, denn es wird immer schwieriger, qualifiziertes Personal, wie z.B. erfahrene Bauingenieur*innen, zu gewinnen. Das gilt ebenso für die Suche nach externen Fachleuten. Unter Beachtung des Vergaberechts werden bevorzugt Betriebe aus der Region mit der Installation von Anlagen beauftragt. Die hohe Auslastung insbesondere der kleinen Handwerksbetriebe erschwert jedoch die Umsetzung von Maßnahmen. Darüber hinaus sind zunehmend Lieferengpässe, z.B. von Solarmodulen, festzustellen.

Sind „Fridays for Future“ und „Klimanotstand“ in der Kommune angekommen?

Klimaschutz ist schon lange inbegriffen

Die bundespolitischen Trends wirken sich nicht direkt auf das lokale Engagement der Kommune aus. Das hängt vor allem auch damit zusammen, dass Klimaschutz in Schnorbach schon seit langem als wichtige Querschnittsaufgabe erkannt und umgesetzt wird. Dementsprechend musste auch kein Klimanotstandsbeschluss gefasst werden. Die Ortsgemeinde nimmt ihre Verantwortung für den Klimaschutz ernst und hat ihren Blick ohnehin fest auf eine CO₂-reduzierte Zukunft gerichtet. Eine Beschlussfassung zum Klimanotstand ist daher auch nicht weiter geplant.

Die Aktion „Mal nachgefragt“ fand im Rahmen des vom Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz geförderten NKI-Projektes „Klimaaktive Kommunen – Ideenpool und Wegweiser“ statt. Zur Jahreswende 2021/22 wurden ausgewählte Mitgliedskommunen des bundesweiten Arbeitskreises Kommunaler Klimaschutz (AKK) befragt. Der AKK besteht überwiegend aus Vertreter*innen aus Preisträgerkommunen des Wettbewerbs „Klimaaktive Kommune“ (bis 2015 „Kommunaler Klimaschutz“), Vertreter*innen der kommunalen Spitzenverbände, Deutscher Städtetag, Deutscher Landkreistag und Deutscher Städte- und Gemeindebund, sowie dem organisierenden und fachlich begleitenden Deutschen Institut für Urbanistik. Der Arbeitskreis beschäftigt sich mit Themen rund um den kommunalen Klimaschutz. Mit verschiedenen Veröffentlichungen gibt der Arbeitskreis konkrete Hinweise zu aktuellen Fragestellungen. Zielgruppen sind die Verwaltungen in Kommunen ebenso wie Entscheidungsträger*innen auf politischer Ebene.

Ansprechpartner: Deutsches Institut für Urbanistik, Tel. 0221 340308 15, www.klimaschutz.de, <https://difu.de/>